

FRAGESTUNDE

Beginn: 13.00 Uhr
Ende: 14.10 Uhr

1) NMS Fröbel – Ausbau der Barrierefreiheit durch einen Liftanbau

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer** stellt an StR. **Hohensinner**, MBA folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Gäste! Meine Frage betrifft die NMS Fröbel. Und zwar das vor zehn Jahren in Kraft getretene Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz sieht vor, dass es ab Beginn dieses Jahres bei öffentlich zugänglichen Gebäuden keine Diskriminierung mehr geben darf. Davon sind also sowohl Einrichtungen in der Privatwirtschaft als auch Schulen oder Amtsgebäude betroffen. Auch wenn sich meine Frage generell auf die Pflichtschulen in Graz beziehen kann, nämlich ob und wie weit dort bereits eine Barrierefreiheit gegeben ist, möchte ich als Beispiel die NMS Fröbel anführen, da ich dort noch mehr Gestaltungsbedarf sehe. Barrierefreiheit bedeutet grundsätzlich, dass allen Menschen die Zugänglichkeit und Benutzbarkeit von öffentlichen Gebäuden und Informationen in allen Lebensbereichen ermöglicht wird, ohne dass sie auf fremde Hilfe angewiesen sind. Auf die Schule übertragen bedeutet das somit, dass diese für Schüler und Schülerinnen, pädagogisches und nicht-pädagogisches Personal, Besucher und Besucherinnen beziehungsweise Personen zum Beispiel im Austausch im Rahmen von Projekten oder bei Wahlen, die die Schule bei außerschulischen Nutzungen besuchen, mit und ohne Behinderung zugänglich und nutzbar sein muss. Das ist jedoch bezogen auf die NMS Fröbel nur eingeschränkt gegeben. So scheiterte zum Beispiel ein erwünschter Projektaustausch der Schüler und Schülerinnen mit Vertretern und Vertreterinnen der Mosaik GmbH daran, dass keine durchgehende Barrierefreiheit gegeben ist. Abgesehen

davon muss vor allem vorrangig gewährleistet sein, dass auch bewegungseingeschränkte Schülerinnen und Schüler, die auf Rollstühle, Gehhilfen usw. angewiesen sind oder aufgrund von anderen körperlichen Einschränkungen in ihrer Mobilität beeinträchtigt sind, eigenständigen Zugang zur NMS Fröbel haben. Denn Schüler und Schülerinnen sollen zukünftig nicht mehr davon abhängig sein, die Schule nach dem Stand der Barrierefreiheit aussuchen zu können, sondern entsprechend ihrer Bedürfnisse. Der Anbau eines Liftes wäre diesbezüglich ein erster erforderlicher Schritt in die richtige Richtung.

Aus diesem Grund stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Sind Sie bereit, die zuständigen Stellen zu kontaktieren und prüfen zu lassen, ob eine Möglichkeit zum Ausbau und zur Verbesserung der Barrierefreiheit bei der NMS Fröbel durch den Anbau eines Liftes besteht (*Applaus KPÖ*)?

StR. **Hohensinner**, MBA: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Uli! Herzlichen Dank für deine Frage. Wie du ja weißt, ist mir die Barrierefreiheit ein ganz großes Anliegen, daher habe ich, wie ich in den Stadtsenat gekommen bin, für meinen Aufgabenbereich eine Prüfung, eine Bestandsaufnahme meiner zugewiesenen Immobilien in Auftrag gegeben. Die neuen Schulbauten beziehungsweise die Ausbauprojekte sind beziehungsweise werden zu hundert Prozent barrierefrei ausgestaltet. Der Altbestand beziehungsweise die noch zu sanierenden Objekte sind zu einem hohen Grad erreichbar. Ziel ist es auch hier nach Maßgabe der Möglichkeit Step by Step die Barrierefreiheit sicherzustellen. In diesem Zusammenhang haben wir aber sehr oft

selbst eine Barriere und das ist der Denkmalschutz. Mein erstes Ziel war es, zumindest für jeden Bezirk durchgängig eine Bildungskarriere für alle Kinder sicherzustellen. Dieses Ziel haben wir eigentlich schon erreicht und du hast eine Schule angesprochen, das ist die Fröbelschule, auch hier werde ich jetzt in Auftrag geben inwieweit es möglich ist, einen Lift einzubauen. Also dein Anliegen ist auch wirklich mein Anliegen und ich werde dich einfach informieren, was da bei der Prüfung herausgekommen ist.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer**: Ich möchte mich bedanken für die Beantwortung und da hoffe ich, dass in diese Richtung dann auch tatsächlich eine Möglichkeit gefunden wird. Danke (*Applaus KPÖ*).

2) Leer stehende Geschäftsräumlichkeiten

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer**: Ich habe etwa vor einem Jahr schon einmal die Initiative hier im Gemeinderat eingebracht, dass wir uns auch um die leer stehenden Geschäftsräumlichkeiten kümmern sollten. Denn die leeren Flächen in unserer Stadt sind kein gutes Zeichen, das heißt, kein Angebot auf der einen Seite, auf der zweiten Seite keine Nachfrage und auf der dritten Seite keine Beschäftigung. Ich habe dankenswerterweise damals schon eine Antwort erhalten, dass man sich dessen auch annimmt, aber ich möchte heute gerne einmal die Fakten hinterfragen und gerne wissen, wie schaut es aus mit den leer stehenden Geschäften in Graz? Wie haben sie sich entwickelt in den letzten sechs Monaten zahlenmäßig, nach Bezirken und quadratmetermäßig und nachdem... ich erwarte, der Herr Stadtrat wird sehr viele

Zahlen nennen, bitte ich um die schriftliche Ausfertigung, ansonsten muss ich das alles mitschreiben. Danke (*Applaus SPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ist so, wenn man fragt, kriegt man eine Antwort. Kein Problem, zunächst einmal der Hinweis, dass die leer stehenden alle sehr, sehr beschäftigen, weil sie eben so, wie Sie gesagt haben, auch durchaus Anzeichen dafür sind, dass die Nachfrage zurückgeht usw. Nur vorweg, die Problematik ist natürlich eine sehr viel tiefer gehende. Leerstände sind zum Teil leider auch genau eine Erscheinung des Gegenteils; wir wissen inzwischen, weil wir uns sehr intensiv mit der Frage beschäftigen, dass einfach Hauseigentümer oder Lokaleigentümer nicht bereit sind, zu einem vernünftigen Tarif zu vermieten oder zu verpachten, sondern lieber warten, dass sich das Preisniveau noch mehr erhöht und derzeit einfach zu Preisen anbieten, die einfach außerhalb jeder Diskussion stehen. Das sind ebenfalls Gründe, wieso Leerstände vorhanden sind. Das ist das eine, das Zweite ist, es ist offensichtlich in der Öffentlichkeit durchaus ein falsches Bild entstanden im Laufe der letzten Jahre und zwar einfach deshalb, weil die Leerstände in Summe, soweit wie wir sie erheben, durchaus abgenommen haben. Wir haben eben vom City Management immer wieder Leerstandserhebungen, die wir übrigens im Laufe der nächsten Zeit noch weiter verdichten werden und wir haben dabei festgestellt, dass eben im aktuellen Status von Leerstehung in der Haupteinkaufslage und in den Versorgungslagen unserer Stadt, und damit ist unter anderem zum Beispiel auch die Annenstraße gemeint, dass die Zahl der freien Lokale über die Jahre gesehen sinkend sind. Ich will Sie jetzt wirklich nicht mit Zahlen überhäufen, Sie kriegen die Tabelle selbstverständlich, sondern ich darf Ihnen nur eine Zahl sagen oder zwei Zahlen. Wir haben im Jahr 2011 eine Erhebung in dem genannten Gebiet gemacht und da gab es insgesamt 123 leer stehende also freie Geschäftsflächen und diese haben sich dann bis zum Jahr 2016 reduziert auf insgesamt 81. Das ist durchaus ein bemerkenswerter Rückgang und ein Rückgang, der sicherlich

gegen manche Erwartung ist oder gegen manche Vorstellung ist, hat aber, wie gesagt, auch damit, glaube ich, zu tun, dass eben in der Hauptversorgungslage und in der Innenstadt natürlich diese Leerstände ganz besonders intensiv beobachtet werden. Also ich werte das durchaus als positives Zeichen, es ist eben von 2011 bis 2016, soweit wir es erhoben haben, ein kontinuierlicher Rückgang, der insgesamt immerhin ein Drittel der leer stehenden Geschäftsflächen umfasst und damit denke ich, ist auch jedenfalls überhaupt keine Panikstimmung für die Grazer Innenstadt am Platz, sondern die Grazer Innenstadt lebt nach wie vor sehr, sehr stark. Jedem oder jeder, der sich davon einen Eindruck machen möchte, empfehle ich nur am Samstagmittag, Samstagnachmittag auch in die Stadt zu gehen und wie gesagt, ein sehr bemerkenswertes Ergebnis, nämlich, dass die Leerstände eben abgenommen haben.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer**: Es hat sich eine Zusatzfrage aufgetan, eine Anmerkung. Ich möchte die Zahlen natürlich gerne anschauen, also die Abnahme, die Sie nennen. Ich würde jetzt einmal das eine sagen, das Empfinden ist ein etwas anderes. Nutzungsänderungen werden auch eine Rolle spielen, ich glaube, das muss man genauer anschauen, das ist die Bemerkung. Aber meine Frage ist, die Eigentümer wollen warten, dass das Preisniveau weiter steigt, wohin soll das Preisniveau steigen, dass Eigentümer bereit sind zu vermieten oder welche Variante der Gegensteuerung sehen Sie (*Applaus SPÖ*)?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich bin kein Prophet, ich weiß nicht, wie weit das Preisniveau steigen kann, das ist eben Ausdruck von Angebot und Nachfrage, es gibt auch unterschiedliche Strategien der Eigentümerinnen und der Eigentümer. Manche sind eben nicht bereit, zu einem erzielbaren Mietpreis, für den es auch Angebote gibt, zu vermieten, sondern sie halten das Lokal dann lieber zurück und warten vielleicht

ein/zwei Jahre, gibt es durchaus Beispiele, um es dann zu vermieten. Das hängt ein bisschen mit der Strategie der Eigentümer zusammen. Was können wir dagegen tun? Wir sind dabei, erstens einmal die Leerstandserhebung gemeinsam mit City Management und der Wirtschaftsabteilung zu verdichten, erstens häufiger zu machen, genauere Informationen zu sammeln und das Zweite ist das, was wir im Herbst mit einem Pilotversuch beginnen werden. Wir werden eine Person, die sehr gut vernetzt ist mit der Kreativszene beauftragen zu versuchen, mit den Eigentümern eine Zwischennutzung in diesen Lokalen für die freie Szene, für die Kreativszene zu organisieren. Vor folgendem Hintergrund: Es gibt sehr viele Kreative, die beginnen mit ihrer Produktion, mit ihrer Tätigkeit, die natürlich auf günstige Räumlichkeiten angewiesen sind, das ist die eine Geschichte und das Zweite ist, es gibt natürlich auch Eigentümer, die sehr, sehr froh sind, wenn das Lokal nicht leer steht und die eben für eine Übergangsphase, für eine kurze Zeit durchaus bereit sind, solche Mietlokale zur Verfügung zu stellen. Das haben wir etwa in der Jakoministraße gemacht, das ist ein sogenanntes Zwischennutzungsmanagement, das werden wir im Herbst mit einem Pilotversuch beginnen, das ist das, was die Stadt durchaus tun kann, um eben auch das zu vermeiden, was für das Stadtbild sicherlich das Schlechteste ist, nämlich leer stehende Lokale, und wir erhoffen uns, wir werden sehen, was daraus wird, ob dieser Versuch glückt und würden dann selbstverständlich, wenn er glückt, da einen weiteren Schwerpunkt setzen.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer**: ...Initiative eineinhalb Jahre nach dem Erststart schon Erfolge zeigt.
Danke.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Kahr übernimmt um 13.15 Uhr den Vorsitz.

3) Erhalt der Fahrzeugabstellflächen beim SPK – Polizei Paulustorgasse

GR. Mag. **Moser** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR. Mag. **Moser**: Sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Mitglieder des Stadtsenates, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Es geht um den Erhalt der Fahrzeugabstellflächen beim SPK – Paulustorgasse. Wir haben dazu bereits eine Anfrage getätigt beziehungsweise Klubobmann Armin Sippel hat einen dringlichen Antrag gestellt. Daher stelle ich folgende Frage: In der Gemeinderatssitzung am 26.2.2016 hat Klubobmann Mag. Armin Sippel in dieser Angelegenheit einen dringlichen Antrag gestellt. Die Dringlichkeit dieses Antrages wurde von allen anderen Fraktionen, außer der FPÖ, abgelehnt.

Nach intensiver Kontaktaufnahme mit den Bediensteten des SPK Graz und mit Unterstützung durch die freiheitliche Gewerkschaftsfraktion AUF haben sich auch die Personalvertreter der ÖVP- und SPÖ-Fraktion dazu entschlossen, in dieser Angelegenheit aktiv zu werden. Der Fachausschuss für die Bediensteten des öffentlichen Sicherheitswesens bei der Landespolizeidirektion Steiermark ist mit einem Antrag vom 13.3.2016 zwecks Erhaltung dieser Stellplätze und Freiflächen an die LPD Steiermark herangetreten. Sie selbst, sehr geehrter Herr Bürgermeister, haben in der Gemeinderatssitzung am 26.2.2016 zugesagt, in dieser Angelegenheit Verhandlungen mit der LPD Steiermark zu führen. Nun liegt uns ein Schreiben des Landespolizeidirektor-Stellvertreters, Herrn Hofrat Mag. Alexander Gaisch, vor, wonach die vorhandenen Fahrzeugabstellflächen beim Stadtpolizeikommando Graz beziehungsweise am Areal Sauraugasse/Paulustorgasse/Parkring laut eingeholten Informationen bei den Verantwortlichen der Bundesimmobiliengesellschaft und der Stadt Graz mittelfristig nicht durch die zukünftige Stadtentwicklung tangiert werden. Da diese Formulierung äußerst vage ist, richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Frage:

Für welchen Zeitraum gilt die im eigenen Wirkungsbereich der Stadt Graz gelegene Zusage, dass die seit mehr als 50 Jahren von der Polizei genützte Fläche als Park- und Abstellfläche beziehungsweise als Bereithalteraum für Einsatzkräfte der Polizei zur Verfügung stehen wird?

Bgm. Mag. **Nagl**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Wenn wir schon geschichtlich ausholen, dann fange ich vielleicht damit an, dass das Innenministerium und das Landespolizeikommando vor einigen Jahren gemeint hat, es sind sämtliche Abteilungen, auch das Wachzimmer, wenn ich so sagen darf, abzusiedeln und dem neuen Landespolizeikommando unterzuordnen. Der Herr Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer und ich haben damals heftig interveniert, dass auch im Zentrum, wo so viele Menschen tagtäglich sind, ein Wachkörper auch bleibt. Es ist dann, Gott sei Dank, auch so gekommen, wir haben auf der einen Seite im Westen der Stadt einen massiven Ausbau des Landespolizeikommandos gehabt, es wurden nur einige Abteilungen übersiedelt und einiges ist auch im Paulustor geblieben. Das angesprochene Areal ist im Eigentum der Bundesimmobiliengesellschaft und ist an das Innenministerium vermietet. Die Bundesimmobiliengesellschaft entwickelt im Moment gerade die jetzt nicht mehr von der Polizei benutzten Flächen weiter, das heißt, es wird zu einem Kindergarten und einer Kinderbetreuung in der Paulustorgasse kommen. Soweit ich weiß, ist auch eine interessante gastronomische Nutzung inklusive Innenhofnutzung jetzt neu angedacht. Am dortigen Areal sind noch weitere Abteilungen der Sicherheitspolizeidirektion untergebracht. Der Freibereich von knapp 4000 m² wird derzeit als Autoabstellplatz für die Angestellten genutzt, darüber hinaus hat mit in der Zwischenzeit natürlich auch die Polizei mitgeteilt, dass es auch so etwas

wie ein Aufmarschplatz ist, wo man auch Formationen, die notwendig sind bei diversen Einsätzen, auch dort erprobt werden können beziehungsweise dort auch aufgestellt werden kann. In den mehrfach stattgefundenen Gesprächsrunden mit Landespolizeidirektor-Stellvertreter Herrn Hofrat Mag. Alexander Gaisch, einem Vertreter der Personalvertretung und meinem Büro wurde immer darauf geachtet, dass unter Berücksichtigung der sicherheitsbehördlichen Aufgaben die Interessen der einzelnen Vertragsparteien gehört und gewahrt bleiben. Das Innenministerium hat uns in den Gesprächen mitgeteilt, dass der laufende Mietvertrag für den Autoabstellplatz weiterhin fortgeführt wird, das heißt, die große Sorge der Polizisten, dass sie ihr Auto dort nicht mehr abstellen können, die gibt es, wenn ich so sagen darf, nicht mehr, sondern das wird weiterhin auch so genutzt werden. Da der Grazer Stadtpark genau im Umfeld der angesprochenen Liegenschaft übernutzt ist, sind die Bestrebungen auf städtischer Ebene, dass langfristig die Flächen als Erweiterungsflächen für den Stadtpark dienen sollen. Wir verhandeln gerade auch, ob nicht Teile unseres Stützpunktes, also unserer Arbeiterinnen und Arbeiter, die den Stadtpark pflegen, jetzt auch in den nicht genutzten Bereichen in der Paulustorgasse oben untergebracht werden können, dann haben wir ein bisschen mehr Platz, um den Spielplatz, um auch den neuen Durchgang Richtung Pfauengarten etc., dass wir das neu entwickeln können inklusive neuen Stützpunkt. Nunmehr steht aber jetzt die zweite Auflage unmittelbar bevor und hier ist entsprechend der fraktionsübergreifenden Vorgespräche die bestehende Nutzung dieser 4.000 m², die noch immer als Kerngebiet ausgewiesen sind, sowie darüber hinaus die Festlegung als Vorbehaltsfläche für öffentliche Parkfläche vorgesehen, das heißt, den Nutzungszweck dieses Areals werden wir mit der zweiten Auflage und auch eventuellem Beschluss dann im Herbst endgültig ändern, weil wir auch der festen Überzeugung sind, dass in diesem Bereich auf alle Fälle keine Verbauung mehr erfolgen soll. Erfolgt die Beschlussfassung hier im Gemeinderat in diesem Sinne, so kann das Areal zumindest in einer langfristigen Perspektive zum erweiterten Freiflächenangebot in Graz beitragen und damit können die Polizistinnen und Polizisten, die das derzeit auch als Park nutzen, aber anders als es vielleicht die

öffentliche Meinung unter Park versteht, sicher sein, dass sie diesen Abstellplatz haben und ich weiß, dass das gleich zu einem Politikum bei der Polizei geworden ist. Ich sage aber dazu, von der ersten Sekunde an haben wir bei den Gesprächen auch mit der BIG und dem Innenministerium immer gesagt, das kann nur passieren, wenn wir gleichzeitig durch eine Tiefgaragenlösung oder durch eine benachbarte Tiefgarage den Polizistinnen und Polizisten einen Stellplatz weiterhin anbieten können. Also was da, wenn ich so sagen darf, gewerkschaftlich oder parteipolitisch innerhalb der Polizei im Gange war, weiß ich nicht, es wollte nie jemand der Polizei Parkplätze wegnehmen, aber ich glaube, es gibt auch ein großes öffentliches Interesse daran, dass wir den Stadtpark dort weiter entwickeln, wenn wir das jetzt heute in der zweiten Auflage mitbeschließen und letzten Endes dann auch im Gemeinderat im Herbst mit der endgültigen Beschlussfassung, dann kann dort wenigstens einmal nichts verbaut werden und vielleicht ist in 10/20 Jahren wieder alles anders. Also im Moment haben wir es aus den Überlegungen rausgenommen, das was wir noch tun ist, dieses Verhandeln, dass wir in die jetzige Liegenschaft das eine oder andere vom Stützpunkt unterbringen (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Moser**: Ich danke einmal für die umfassende Beantwortung, das scheint also sehr gut zu laufen. Sie haben selbst gesagt, also vorübergehend und hier haben Sie die Überlegungen zurückgestellt, also dass das nicht Stadtpark werden wird usw. Ich verweise auf einiges oder gebe hier einige Bedenken bekannt. Es ist hier im Haus nicht bekannt, dass Polizeibeamte sehr weit anreisen und unterschiedliche Dienstzeiten haben, sodass es mit den öffentlichen Verkehrsmitteln nicht geht. Und dass es auch ein Sicherheitsbedürfnis ist, die eigenen Fahrzeuge in Sicherheit zu haben und nicht von jedem jeglichen Zugang. Wenn jemand im Polizeianhaltezentrum arbeitet und dort das Problem hat, mit Häftlingen umzugehen, dann kommen die unter Umständen in späterer Weise auf die Idee, wo steht dessen Fahrzeug, kann man da was machen, das

ist ein gewisses Sicherheitsgefühl, das auch für die Polizei vorhanden sein muss. Das Zweite ist und das ist, wir haben bei der Polizei in Graz eine Stadtflucht, das ist Ihnen wahrscheinlich nicht bekannt. Sehr viele Polizeibeamte versuchen aufgrund des hohen Arbeitsaufwandes, auf das Land zu gehen und der Aufwand ist rigoros. Ich kann Ihnen da ein Beispiel sagen, vor zehn Jahren ist ein Kollege von der Polizeiinspektion Karlauer Straße auf das Land gegangen und hat dann festgestellt, dass in dem Bezirk, in dem man dann war, weniger Strafrechtsdelikte passiert sind als er im vergangenen Jahr als Einzelner Beamter in der Polizeiinspektion bearbeitet. Ich komme schon zurück auf diese Frage. Das sind und ähnliche Fragen sind die Bedenken, am Land bezahlt man auch nicht für die Parkplätze, hier in der Stadt muss man bezahlen und jetzt ist die Frage an Sie, Herr Bürgermeister, was können Sie oder welche Maßnahmen oder welche Sicherheiten können Sie noch sagen oder uns bekanntgeben, dass diese Parkplätze doch erhalten werden und nicht für alle zugänglich sind?

Bgm. Mag. **Nagl**: Zwei Dinge sollte man unterscheiden, also mir ist sowohl das Thema bekannt, dass Polizistinnen und Polizisten lieber den besser bezahlten und leichter zu absolvierenden Dienst außerhalb der Landeshauptstadt tun und dass der, gerade in Graz die Dienstnehmern hier zu versehen haben, besonders anspruchsvoll und besonders schwierig ist. Mir gefällt sehr gut auch die Diskussion, die wir jetzt haben, es ist keine Diskussion, die Feststellung, auch aufgrund dessen, was in Amerika leider Gottes vor zwei Tagen wieder auch passiert ist, dass Polizistinnen und Polizisten nicht einmal zu Hause sicher sind und dass, glaube ich, auch ein Fahrzeug, das sie haben, gut verwahrt werden soll. Ich kann nur noch einmal sagen, es war nie daran gedacht, den Polizistinnen und Polizisten keinen Parkplatz anzubieten. Zweitens, sie werden ihn jetzt auf absehbare Zeit auch behalten und drittens, und das möchte ich Ihnen auch sagen, weil ich kenne mich mittlerweile in den Strukturen Ihres Dienstgebers auch ganz gut aus, 70 % der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die diesen Parkplatz nutzen, stammen

aus dem Verwaltungsbereich und in etwa 30 % nur aus dem Polizeidienst im engeren Sinne und deswegen keine Sorge mehr, es war eine Idee da, die BIG, das Innenministerium und wir haben uns darauf geeinigt, dass das jetzt einmal erhalten bleibt. Wir versuchen das über die Widmung einmal zu verändern und die Polizistinnen und Polizisten können das sowohl als Aufmarschgebiet als auch als Parkplatz weiterhin nutzen (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 13.25 Uhr den Vorsitz.

4) Citycom: (Leistbare) Glasfaserausbau-Angebote auch für EPU's und KMUs ermöglichen?

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Genau genommen geht es um die Frage von Glasfaserausbau durch die Citycom und um Förderung für Wirtschaftsunternehmen, die auf sehr schnelle Internetverbindungen angewiesen sind. Schnelle Internetverbindungen sind im Wirtschaftsleben oft schon unabdinglich, das betrifft teilweise diese Berufe, die sogenannte Kreativwirtschaft, wo man schnell Fotos, Filme oder wie auch immer, große Dateien verschicken muss, betrifft aber mittlerweile auch genauso Notariate, alle Möglichen. Der Fokus von meiner Frage heute ist speziell auf Klein- und Mittelunternehmen und Ein-Personen-Unternehmen, für die das natürlich oft ein hoher Kostenfaktor ist, teilweise aber auch die Voraussetzung, damit sie bestimmte Aufträge überhaupt kriegen können. Dass sie innerhalb einer bestimmten Zeit die Daten, Filme, Fotos, was auch immer, übermitteln können. Wir haben jetzt immer

wieder Rückmeldungen bekommen von Leuten, die eben solche kleine Unternehmen haben, dass es in Graz schwierig ist, einen Glasfaseranschluss zu bekommen, also auf jeden Fall flächendeckend schwierig ist, je nachdem, wo das eigene Unternehmen angesiedelt ist und, und das ist vielleicht der größere Problempunkt, dass die Preisgestaltung relativ intransparent ist. Es ist im Vergleich zu anderen Städten so wie Innsbruck usw., wo es eine klare Tabelle gibt, auf Preisliste auf der Webseite ist bei der Citycom keine Preisauskunft zu finden, man bekommt diese Preisauskunft nur dann, wenn man mit einem Online-Formular halt sein Anliegen bringt und wird dann zurückgerufen oder auch nicht. Ich habe es selber einmal ausprobiert und habe dann nie mehr was gehört und bekommt dann, wie auch immer das kalkuliert wird, individuell offenbar ein Angebot. Also die Leute, mit denen ich zu tun hatte, die aus solchen Wirtschaftsbereichen kommen, haben mir gesagt, es sind unterschiedliche Preise angeboten worden und man einfach keinen Einblick hat, wie genau die Staffelung der Preisgestaltung ist. Dass es eine Staffelung je nach Größe gibt, das sollte eigentlich selbstverständlich sein, wird aber nicht gesehen. Zweiter Punkt, es ist nicht klar, ob jetzt wirklich, was ja wünschenswert wäre, automatisch bei allen Grabungsarbeiten Leerverrohrungen gemacht werden, die den Zweck haben könnten, dass dann auch andere Anbieter diese schon vorhandenen Rohre nutzen können, um selber Leitungen zu verlegen.

Daher zu meiner

F r a g e :

Wie beurteilst du das Glasfaserkabel-Leistungsangebot der städtischen Citycom-Gesellschaft, also Preisstaffelungen, Spezialangebote, Preisgestaltungstransparenz, speziell im Bereich für Klein- und Mittelunternehmen im österreichweiten Vergleich beziehungsweise welche Verbesserungen sind aus deiner Sicht möglich?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Frau Gemeinderätin, eine sehr spannende Frage, weil sie insgesamt eigentlich den Marktauftritt oder den Leistungsauftritt einer Tochtergesellschaft der Holding betrifft, die für die Entwicklung im gesamten digitalen Bereich ganz, ganz große Bedeutung hat. Ich habe auch eine ausführliche Antwort zurückbekommen vom Igor Huber, dem Geschäftsführer, kann ich dir gerne zur Verfügung stellen. Ich konzentriere mich hier jetzt einfach auf die konkrete Antwort der genannten Fragen und zwar zunächst zu dem flächendeckenden Glasfaserausbau durch die Holding Graz. Hier die Information, dass das Netz der Holding jährlich um zirka 20 Kilometer Leitungslänge, um mehrere hundert Kilometer Glasfaserlänge wächst, das entspricht einem Wert von zirka 1,2 Millionen Euro pro Anno, zu dem das Glasfasernetz, die Breitbandgeschichte, Jahr für Jahr ausgeweitet wird. Die Projekte sind in den meisten Fällen Kundenanschlüsse, da komme ich aber dann noch dazu, wer hier als Kunde gemeint ist. Es sind aber auch Netzanschlüsse, natürlich auch die Nutzung von anderen Bauprojekten, etwa eben die Mitlegung bei Projekten der Graz Linien. Insgesamt, und das ist eine sehr wichtige Feststellung, verfügt die Stadt Graz über, nach Wien, das zweitgrößte städtische Glasfasernetz, also eine sehr, sehr relativ zu anderen Städten sehr dichte Versorgung mit diesem Glasfasernetz. Neben der Holding ist praktisch die Telekom Austria der zweite Anbieter, das sind die beiden Unternehmen, die eigene Netze haben, wobei die Telekom Austria zusätzlich zum Glasfasernetz noch das alte Telefonnetz hat, das mit Hilfe neuer Technologien für Breitbandzwecke genutzt werden könnte. Also erstens einmal die technische Ausstattung mit Infrastruktur ist vergleichsweise in Österreich sicherlich sehr, sehr gut. Der Vergleich mit Innsbruck und dem Glasfaseranschluss um diese genannten knapp 20 Euro monatlich. Es ist zunächst einmal festzustellen, dass die IKP in Innsbruck, das ist die städtische Tochter, die das macht, Privatkundenprodukte anbietet ohne Servicelevel. Und der Servicelevel ist lieferbar, wenn bereits ein Glasfaseranschluss im Haus besteht, das heißt, die machen keine Angebote über die Verlegung von Leitungen, sondern die bieten die Dienste am Kunden an, die eben diese

Breitbanddienste gerne haben möchte. Das ist sehr wichtig, weil die Citycom nämlich keine Dienste und Produkte im Privatkundenbereich anbietet. Das war ein Ergebnis einer strategischen Analyse, wohin sich die Citycom entwickeln soll vor mehreren Jahren und das Ergebnis war, dass sich die Citycom auf die Bereitstellung der Infrastruktur für Businesskunden, also für Kunden, die dann Dienstleistungen an Private verkaufen, zurückziehen soll und zwar deshalb, weil die Citycom damals im Privatkundengeschäft, aus welchen Gründen auch immer, kein sehr gutes Ergebnis hatte. Sodass eben dieser Fall mit Innsbruck nicht ganz vergleichbar ist. Wenn in Innsbruck ein Kunde ebenfalls einen Glasfaseranschluss haben will, dann kriegt er den natürlich auch nicht für 20 Euro pro Monat, sondern derzeit sind die Ergebnisse zirka bei 240 Euro monatlich, aber durchaus vergleichbar zwischen Innsbruck und Graz, da gibt es nach Aussagen der Citycom keinen Unterschied. Das Letzte war die Verwendung von Leerrohren. Bei jedem Bauprojekt wird seitens der Citycom geprüft, ob die Nutzung allfälliger bestehender Leerrohre möglich und sinnvoll ist, wobei als Nutzer immer nur de facto die Telekom Austria in Frage kommt, das sind die beiden Netzanbieter. Wird selbstverständlich angestrebt, dass es hier auch mitbenutzt werden kann, es wird eben geprüft, wenn es geht, dann passt es. So dann die Preisangaben auf der Homepage. Da die Citycom verstärkt im Lösungssegment agiert, können auch keine allgemein gültigen Preise veröffentlicht werden, zumal diese keinesfalls die einmaligen Anschlusskosten beinhalten können. Die müssen nämlich immer im Eigenen ermittelt werden, trotzdem rechtfertigt es natürlich nicht das, was du gesagt hast, wenn ein Kunde anruft, dann soll der jedenfalls bedient werden und soll zurückgerufen werden, das ist sicherlich ein Anlass, um da bei der Citycom auch nochmals vorzukommen. Das Nächste ist der Marktzugang zu anderen Unternehmen, das habe ich bereits beantwortet, es gibt zwei Anbieter in Graz. Das ist die Citycom und das ist die Telekom Austria und selbstverständlich wird auch immer dann, auch das habe ich schon erwähnt, wenn eine neue Infrastruktur gelegt wird, Kontakt mit der Telekom Austria aufgenommen, jedenfalls nach deren Aussagen, um hier allenfalls eine neue Verrohrung zu nutzen, um auch das Glasfaserkabel zu verlegen.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Und zwar würde mich interessieren, wie genau die Unterscheidung zwischen Privatkunden und Businesskunden ist, also was ist eben mit diesen klassischen Ein-Personen-Unternehmen, werden die jetzt von der Citycom als Kunde gesehen oder Kundin oder eben nicht und das würde mich interessieren. Vielleicht gibt es die Möglichkeit, dass wir das ausführlich einmal im Beteiligungsausschuss besprechen, wie einfach das Kundenmodell der Citycom ist und ob das heutzutage für die heutigen Berufsfelder noch passt. Sprich, können wir diese Frage dort klären?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ja, das finde ich einen guten Vorschlag, mein Verständnis, aber ich bin da kein Spezialist, mein Verständnis ist, dass keine Dienste an Endkunden angeboten werden, die also dann selbst einfach nutzen, sondern an Businesskunden, an Dienstleister im Bereich der Dienste der verschiedenen Services, die es gibt, die dann aber eben weiter ihre Dienste dann an den Endkunden vermietet. Also wenn man als Einzelperson anruft bei der Citycom, da wird einen die Citycom nicht bedienen, sondern... kann man darüber diskutieren, aber wie gesagt, das war der Bereich in dem die Citycom wirtschaftlich nicht sehr gut abgeschnitten hat und aus diesem Grund ist in der Strategie dieser Bereich, ausgeklammert worden. Sie konzentriert sich eben auf, wie Sie das nennen, wir können es gerne im Ausschuss dann auch länger diskutieren, auf Businesskunden, das sind also sozusagen Dienstleistungsmakler, wie auch immer, jedenfalls Dienstleistungen weiter an den Endkunden abgeben, das ist deren gezielte Gruppe (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Wir haben heute unter anderem auch draußen das Benefizsuppenessen gehabt, damit wir auch einen Beitrag für Menschen in Ländern, in denen es ganz, ganz schwer ist, zustande bringen. Nachdem wir zu Beginn doch große Aufregung hatten und alles sehr konzentriert in den Gemeinderatssaal gegangen sind, sind relativ wenige zum Benefizsuppenessen gegangen. Ich habe den Damen vorgeschlagen, sie mögen die Spendenbox bei uns lassen, wenn jemand noch eine Spende abgeben möchte, sie steht dann draußen, ist jederzeit möglich, vielleicht ist sogar noch eine Suppe im Laufe des Nachmittags dann auch noch da.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Kahr übernimmt um 13.35 Uhr den Vorsitz.

5) Top-Level-Domain.Graz

GR. **Pacanda** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR. **Pacanda**: Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, hoher Gemeinderat, sehr geehrter Herr Stadtrat! Es ist schon fast üblich, dass ich jede Gemeinderatssitzung an Anträge erinnere, die ein paar Jahre her sind. Auch bei dieser Fragestellung geht es um ein ähnliches Thema und zwar haben wir vor zwei Jahren einen Antrag gestellt zum Thema Top-Level-Domain.Graz. Für den einen oder anderen, der nicht weiß, was ist überhaupt eine Top-Level-Domain, das ist die Endung hinten am Schluss, wenn man www.graz.at zum Beispiel eingibt, wäre das die Top-Level-Domain-Endung und wirtschaft.graz wäre dann die Umsetzung dieses Antrages oder dieser Fragestellung. Auf jeden Fall haben wir vor zwei Jahren einen diesbezüglichen Antrag gestellt und es sollte einfach geprüft werden, ob für die Stadt Graz diese Möglichkeiten nicht auch

bestehen. Dazu zu sagen ist, dass zum Beispiel die Stadt Wien das bereits nutzt, das Land Tirol es auch schon nutzt und dementsprechend natürlich auch Einnahmen lukriert werden können.

Daher richte ich namens der Piraten an Sie folgende

Frage:

Wie stehen die Chancen, dass die Stadt Graz bald eine Top-Level-Domain.Graz bekommen wird?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Lieber Philip! Der Antrag von dir ist am 12. Juni 2014 eingebracht worden zum Thema Top-Level-Domain.Graz und dieser Antrag ist der Abteilung für Wirtschafts- und Tourismusedwicklung nie zur Beantwortung übermittelt worden, sondern es ist vereinbart worden, dass die Prüfung durch die ITG erfolgen soll und an die ITG übertragen werden soll. Nach notwendiger Prüfung durch die ITG, durch die Magistratsdirektion und durch die Öffentlichkeitsarbeit wird das Wirtschaftsressort sehr gerne den etwaigen Bedarf der Unternehmen sowie diese in diesem Zusammenhang notwendigen organisatorischen Abklärungen herbeiführen. Es ist unschwer zu erkennen, dass sich dahinter offensichtlich keine... nicht klar gewusst hat, wer zuständig ist. Es ist am Ende eben dieses Antrages von dir vom 12. Juni 2014 ist jedenfalls entschieden worden und ich glaube, das ist durchaus gescheit, dass man diese Frage an die ITG weitergibt. Und ich glaube, die muss das auch prüfen und wahrscheinlich auch die Magistratsdirektion und Öffentlichkeitsarbeit, wenn klar ist, es soll gemacht werden, dann können wir das und werden wir das auch gerne in die Wege leiten (*Applaus ÖVP*).

GR. **Pacanda**: Das würde jetzt bedeuten, dass, nur für mich zur Erklärung, müssen wir das jetzt neu beantragen, damit wir das prüfen können oder wird automatisch geprüft? Dass man sich möglicherweise überlegt, auch fast eine halbe Million jährlich, wie Wien, zusätzlich einzunehmen?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Nein, ich denke, es ist an und für sich ganz einfach, es ist der ITG übertragen worden und ich denke, es ist bei der ITG die Antwort einzufordern und dann müsste die Grundlage gegeben sein, dass man weiterdiskutieren können, ob es gescheit ist oder nicht. Ich werde mich gerne dafür einsetzen, dass wir von der ITG diese Antwort bekommen, klar, selbstverständlich.

6) Errichtung eines Fahrradstreifens beim St.-Peter Schulzentrum

GR. Mag. **Spath** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR. Mag. **Spath**: Sehr geehrte Frau Bürgermeisterstellvertreterin, hoher Stadtsenat, hoher Gemeinderat, Herr Stadtrat! In den letzten Monaten hast du versucht, die Sicherheit auf den Grazer Straßen zu erhöhen, hast Maßnahmen gesetzt, die nicht unbedingt auf das Wohlbefinden der Bevölkerung gestoßen sind, auch nicht immer unbedingt glücklich waren. Mit der Errichtung eines Fahrradstreifens beim St.-Peter-Schulzentrum könntest du aber wieder einen positiven Akzent setzen. Vor einigen Jahren wurde das St.-Peter-Schulzentrum im Zuge der Verlängerung der Linie 6 umgebaut. Es wurden die Auftrittsflächen für die Straßenbahnbenutzer in den

Haltestellenbereichen bis zu den Straßenbahnschienen in die Fahrbahn gezogen und Wartehäuschen aufgestellt. Der bereits vorhandene Gehsteig, der jetzt hinter den Wartehäuschen vorbeiführt, wurde belassen, sodass stadteinwärts als auch stadtauswärts eine zirka drei Meter breite Fläche vorhanden ist.

Gerade in diesem Bereich des St.-Peter-Schulzentrums sind sehr viele Radfahrer unterwegs, zumal dies die direkte Strecke zwischen den beiden TU-Standorten Inffeldgründe und Neue Technik ist und zum anderen sich dort auch zwei Gymnasien und sechs Berufsschulen befinden.

Durch die Verengung der Straße auf die Breite der beiden Geleise müssen die Radfahrer jeweils zwischen die Geleise wechseln, wollen sie diesen Bereich passieren. Dies bringt eine erhöhte Sturzgefahr mit sich, zumal sich dort zusätzlich auch die Abzweigung der Geleise in die Umkehrschleife befindet. Somit haben die Radfahrer beim Ein- und Ausfahren aus der Inffeldgasse und dem weiterführenden Radweg zusätzliche Schienen zu queren. An dieser Stelle ereignen sich immer wieder Stürze und Unfälle, sogar ein tödlicher Unfall war an dieser Stelle schon zu verzeichnen. Viele Radfahrer weichen daher auf die Gehsteige aus und fahren verbotenerweise hinter den Wartehäuschen vorbei, allerdings geschützt vom Autoverkehr und den Geleisen.

Ich stelle daher, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs die

F r a g e :

Bist du bereit, den Radweg am St.-Peter-Schulzentrum stadtein- als auch stadtauswärts hinter dem Wartehäuschen vorbeizuführen oder nach einer alternativen Lösung zu suchen, um das Gefahrenpotential für Radfahrer zu entschärfen (*Applaus ÖVP*)?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Herr Gemeinderat, lieber Gerhard! Wie das halt so ist im Verkehr, des einen Leid, des anderen Freud, aber man versucht natürlich im Rahmen des Machbaren auf den engen Räumen, die uns in einer historisch gewachsenen Stadt zur Verfügung stehen, alle zufriedenzustellen, das gelingt einmal besser, einmal weniger gut, das zu deinen Aussagen am Beginn deiner Ausführungen. Zum konkreten Fall, ich wohne ja selbst dort, wie du weißt und ich fahre dort selbst mit dem Rad, also ich kann deine Beobachtungen nicht teilen und feststellen. Weder kommt es dort wirklich zu häufigen Unfällen, weil sonst würde sich die Sicherheitsgruppe der Stadt Graz das längst auch genau angesehen haben, was sie nämlich immer tun, wenn es zu Unfallhäufigkeiten kommt. Aber jetzt zur Antwort von Seiten des Amtes. Eine behördliche Freigabe der Gehbereiche hinter der Wartefläche ist im Bestand aufgrund der vorhandenen Breiten nicht möglich. Verbreiterungsmöglichkeiten auf Privatgrundstücken sind wegen der Bestandsnutzung auf diesen als Kfz-beziehungsweise Parkplätzen zudem nicht gegeben. Ebenfalls wurde die Aus- und Einfädelung der Radfahrer, sollte es hinter diesen Haltestellen passieren, aus dem Fahrbahnbereich heraus beziehungsweise in den Fahrbahnbereich hinein und dies lediglich auf die kurze Haltestelllänge als kritisch erachtet und daher nicht empfohlen. Die derzeit vorhandene Lösung mit Radsymbolen und Pfeilen zwischen den Straßenbahnschienen wurde unter den gegebenen Rahmenbedingungen in der Behördenabstimmung als die sicherste Variante erachtet und deswegen wird sie und wurde sie so durchgeführt (*Applaus FPÖ*).

GR. Mag. **Spath**: Nicht unbedingt eine Zusatzfrage, aber eine Anmerkung. Wir haben solche Haltestellen ja in Graz schon, ich denke hier an die Fröhlichgasse-Haltestelle, wo dahinter sehr wohl ein Radweg vorbeiführt, man hat auch die Möglichkeit, das rot zu

markieren. Ich denke, dass wir dort durchaus, wenn Goodwill vorhanden ist, einen Radfahrstreifen zusammenbringen. Es war ja früher auch wesentlich schmaler dort, wie die Haltestelle noch nicht hineingebaut war, aber ich denke, wenn man einen Willen hat, dann kann man dort auch etwas zusammenbringen. Danke und ich darf dir noch ein paar Bilder überreichen (*Applaus ÖVP*).

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Wie gesagt, die Räume sind nicht vorhanden und daher ist es auch nicht durchführbar, da gibt es ganz klare Vorgaben.

7) Beschäftigungsverhältnisse in Immobilien der Stadt Graz

GR. Mag. **Krotzer** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR. Mag. **Krotzer**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrter Herr Stadtrat, werte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, werte Zuseherinnen und Zuseher! Heute hat in der Grazer Stadthalle, das „Fifteen Seconds Festival“ begonnen, das sich als „Europas Festival für Vordenker“ bezeichnet und wirtschaftliche Führungskräfte versammeln will. Ein Festival-Pass kostet immerhin stolz 749 Euro beziehungsweise in der Zusatzvariante sogar 2.990 Euro. Das ist die eine Sache, was die Bedingungen der Beschäftigten betrifft, geht man das Ganze deutlich weniger großzügig an.

Auf der Website des Veranstalters werden „junge und jung gebliebene Menschen“ für ein Volontariat gesucht, deren, und das sind Zitate von der Homepage, zweiter und dritter Vorname „kommunikativ“ und „stressresistent“ sein soll, deren Motivation, Zitat: „auch sonntags nicht im Keller ist“ und deren Nachbarn, wiederum Zitat: „keinen

Schreck bekommen, wenn sie das Haus verlassen“. So schreiben eben die Veranstalter wörtlich. Geboten wird dafür in hochtrabenden Worten unter anderem ein „exklusives Netzwerk“, ein persönliches Referenzschreiben oder auch die Teilnahme an der Teamparty. Wovon allerdings kein Wort zu finden ist, ist eine entsprechende Entlohnung, das hier offenbar nicht vorgesehen ist, obwohl eine umfassende Arbeitsleistung erbracht werden soll und das Ganze sich auch um Dienste handelt, beispielsweise Shuttledienste, beispielsweise Betreuung von Konferenzteilnehmern und Konferenzteilnehmerinnen. Also hier davon auszugehen ist, dass ohne die freiwillig eingesetzten Arbeitskräfte ein Zustandekommen von diesem Festival nicht gewährleistet wäre.

Gerade in Zeiten massiver Arbeitslosigkeit und der dramatischen Zunahme prekärer Beschäftigungsformen ist es aus meiner Sicht zynisch, wenn selbst ernannte „Vordenker“ unbezahlte Beschäftigungsverhältnisse praktizieren.

Aus der Sicht darf ich an Sie, Herr Stadtrat Rüschi, die

F r a g e

stellen: Welche Möglichkeiten sehen Sie, dass bei Veranstaltungen in Immobilien, die sich mehrheitlich im Besitz der Stadt Graz befinden oder bei denen die Stadt Graz Kooperationspartnerin ist, wie wir das auch hier im konkreten Fall haben, ob es da Möglichkeiten gibt, Beschäftigungsverhältnisse zu unterbinden, die keine Entlohnung vorsehen (*Applaus KPÖ*)?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüschi**: Zunächst die Richtigstellung, ich weiß nicht, wieso wir Kooperationspartner sein sollten, sondern das Fifteen Seconds ist einfach eine Veranstaltung, die...

Zwischenruf GR. Mag. Krotzer: Ist auf der Homepage angeführt.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Muss ich nachschauen, aber wir sind definitiv kein Kooperationspartner, dann ist es möglicherweise auf der Homepage falsch, werden wir korrigieren und nachschauen, sondern die Fifteen Seconds, diese Gruppe hat angesucht bei der Messe selbstverständlich um die Durchführung des Kongresses und es gibt eben, wie für viele anderen Veranstaltungen auch, eine Förderung vom Bürgermeisteramt und vom Wirtschaftsressort, das ist die eine Seite. Jetzt zu verlangen, jetzt einmal unabhängig vom Inhalt zu verlangen, dass die Messe bei ihren Kunden auch überprüft, ob hier unentgeltliche Beschäftigungsverhältnisse gegeben sind, das ist, denke ich, doch ein bisschen zuviel der ganzen Geschichte. Und zwar aus zwei Gründen, erstens wäre die Messe, glaube ich, überfordert und zum Zweiten gibt es selbstverständlich für die Einhaltung von arbeitsrechtlichen, von dienstrechtlichen usw. gesetzlichen Bestimmungen entsprechende Behörden und auch möglicherweise auch Verwaltungen, weiß ich nicht, aber auf jeden Fall Behörden, die das überprüfen. Ich glaube, das kann man in dem Fall, sollte man von der Messe in diesem Zusammenhang nicht verlangen. Ich möchte aber gerne auch noch einen inhaltlichen Punkt dazu sagen. Ich kenne die Leute, die das veranstalten, sind junge Leute, die sehr, sehr viel Risiken auf sich genommen haben, diese Veranstaltung, die inzwischen wirklich einen europäischen Ruf hat, hier in Graz einzurichten und auszuführen. Sie sind bis vor kurzem, ich glaube, bis zum Letzten nahezu ohne Subventionen ausgekommen. Heuer gibt es eine Subvention, gibt auch vom Land eine Subvention, aber da steckt sehr, sehr viel Engagement dahinter. Und jetzt diese Facebook-Eintragung, die ja durchaus im Stil von Facebook üblich sind, zu schließen, dass das

irgendwie zynisch ist, das kann ich, ehrlich gesagt, nicht nachvollziehen. Wir hatten eine ähnliche Diskussion, wenn Sie sich erinnern, beim Design-Monat, als der CIS vorgeworfen wurde, sie würde hier Studenten und Absolventen ausbeuten, weil sie mit sehr, sehr geringem Geld sie zu einem Wettbewerb einladen über den gesamten Werbeauftritt. Ich sehe das ähnlich bei Fifteen Seconds, das ist für jemanden, der drei Jahre arbeitslos ist, so jemandem ein Angebot zu machen, dass er da unentgeltlich arbeitet, bin ich voll bei Ihnen. Das wird aber nicht der Fall sein, sondern es sind in erster Linie Absolventen und sind sehr junge Kreative, die das durchaus als Chance sehen, auch mit den Rednern, die dort sind, in Verbindung zu kommen und da allenfalls für sich eben durchaus einen Nutzen, einen Vorteil zu haben. Also zusammenfassend gesagt, ich sehe da keinen Grund, die Messe irgendwie anzuhalten, hier Kontrollen oder sowas vorzunehmen und inhaltlich stehe ich eigentlich auch sehr hinter dieser Veranstaltung, weil ich glaube, sie bringt für Graz insgesamt, für die gesamte Stadt wirklich eine sehr gute Veranstaltung (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Krotzer**: Das Ganze kommt natürlich in einem bisschen anderen Licht daher, wenn eben diese Menschen, die hier diese freiwilligen Dienstleistungen machen sollen, nach denen auch am Campus offensiv gefischt wird und eben hier auch Studierenden angeboten wird, hier quasi gratis zu arbeiten. Das macht natürlich ein seltsames Bild, das natürlich auch durchaus auf Unmut stößt und jetzt ist meine konkrete Frage, ob Sie, wenn Sie sagen, von Seiten der Messe ist hier nichts zu machen, ob Sie bereit wären, mit an die Veranstalter heranzutreten, um einmal zu reden, ob es denn nicht eine Möglichkeit wäre, hier diese Bereiche, die eben für dieses Festival grundlegender Bestandteil sind, weil ohne diese Shuttledienste etc., das Festival so nicht stattfinden könnte, dass man hier auch jungen Menschen als Zeichen der Anerkennung eine entsprechende Entlohnung gibt.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Es ist so, wie ich ausgeführt habe, ich sehe da überhaupt kein Problem, wenn gerade auf dem Campus unter Studierenden geworben wird. Wenn das bei jemandem auf Unmut stößt, dann muss er das Angebot ja nicht annehmen. Ich glaube, die, die es annehmen, die sehen darin durchaus eine Chance. Ich wäre durchaus mit Ihnen einer Meinung, ich kann es nur noch einmal sagen, wenn das sozusagen der normale Arbeitsmarkt ist, da kann ich mir durchaus vorstellen, dass man hier sich einiges überlegen soll, aber selbst dann, also erstens ist das nicht der Fall und da habe ich überhaupt kein Problem, das sind junge, aktive Menschen, die da was auf die Beine stellen unter Einsatz schon von hohem Risiko, das darf man nicht unterschätzen und zum Zweiten glaube ich, ist die Messe als Institution jetzt einfach überfordert, bei ihren Kunden noch zu überprüfen, ob da solche Beschäftigungsverhältnisse stattfinden. Im Übrigen wollte ich nur noch sagen, Sie haben, glaube ich, schon einmal einen Antrag gestellt oder die KPÖ jedenfalls, das soll hier wohl unter voluntaristische Beschäftigungsverhältnisse vom Bund über eine Bundesgesetzgebung untersagt werden soll, ich bin jetzt im Moment nicht informiert darüber, was der Bund tatsächlich mit diesem Antrag gemacht hat, er ist damals durchgegangen. Aber wir haben jedenfalls vom Bund in der Zwischenzeit nichts gehört, dass er diese Frage irgendwie aufgegriffen hat.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Kahr**: Als Nächstes wäre der Herr Gemeinderat Hötzl mit seiner Frage an den Herrn Bürgermeister dran. Sind Sie einverstanden, dass wir das überspringen?

8) Vermietung von Schulräumen

GR. Dr. **Wohlfahrt** stellt an StR. **Hohensinner**, MBA folgende Frage:

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, lieber Kurt! Es geht um die Vermietung von Schulräumen und zwar um eine ganz konkrete und besondere Vermietung. Der Steirische Bürgerverein, vertreten durch Herrn ■■■ hat den Turnsaal der Karl Moore gemietet, um einen Selbstverteidigungskurs abzuhalten. Soweit nichts Ungewöhnliches. Allerdings ergaben Internet-Recherchen über Herrn ■■■ schon ein sehr eigenartiges Bild. Er ist der Kopf einer selbst ernannten Bürgerwehr, die wohl nicht im Interesse der Stadt agiert. Auch die Polizei hat sich mehrfach gegen selbst organisierte Bürgerwehren ausgesprochen und sieht in ihnen ein Sicherheitsrisiko. Herr ■■■ war Ordner bei einer Pegida-Demonstration im März 2015, bei der Wiederbetätigung und Hetze stattgefunden haben, wurde gerichtlich festgestellt inzwischen. Leider ist dem Ordner, so wie auch vielen anderen Teilnehmern, nichts aufgefallen.

Aber, ich glaube, das ist nicht alles, es kommt eher schlimmer im Zusammenhang mit der Schulraumvermietung von besonderer Bedeutung. Herr ■■■ ruft in Facebook-Postings zu Gewalt und Lynchjustiz auf. Ich zitiere aus dem Posting auf der FPÖ-Graz Seite im Zusammenhang mit einer Vergewaltigung: „Es gibt nur ans: Heimatschutz & Bürgerwehr... Suchen – Finden – Auslöschen“, Auslöschen angedeutet mit ein paar Punkterln. 2Diese Kreatur... lasst ihn nur 20 Minuten zu uns... sparen wir Teure Gerichtskosten“: Ein Posting von diesem Herrn ■■■, ob es strafrechtlich relevant ist, wird wahrscheinlich noch zu klären sein. Ein anderes Posting auf einen Kommentar, wo es dann heißt: „Das ist dann der Anfang vom Bürgerkrieg“; sagt Herr ■■■ Macht nix... einer von uns, 10 von ihnen ... es geht nur mehr so.. Was anderes Hilft nix mehr. Wir müssen unser Volk schützen...“

Ich will jetzt gar nicht weiterdenken, welche Methoden und Werte Herr [REDACTED] in einem Selbstverteidigungskurs in einem Turnsaal einer öffentlichen Schule vermitteln würde, soweit darf es einfach nicht kommen! Lieber Kurt, wir haben dir diese Recherchen vor einer Woche zur Verfügung gestellt. Du hast zwar Ermittlungen einleiten lassen; danke dafür, ich glaube, das ist eindeutig der richtige Schritt, überhaupt keine Frage, ich will auch dir kein Naheverhältnis oder irgendwas unterstellen, nicht falsch verstehen. Aber es gibt noch etwas, ich glaube, das schon auch wichtig ist.

Die städtische Schulraumbenutzungsverordnung beinhaltet eine Regelung, die es ermöglicht, eine erfolgte Vermietung zu stornieren. Unter Pt. 23 ist ausgeführt: „Die Abteilung für Bildung und Integration behält sich das Recht vor, den Termin aus Sicherheitsgründen und wichtigen Gründen zu stornieren.“

Deshalb folgende

Frage:

Warum ist ein Posting in Facebook, in dem zu Gewalt aufgerufen und eigentlich eindeutig eine Lynchjustiz gefordert wird, kein „wichtiger Grund“ im Sinne der Schulraumbenutzungsverordnung und damit kein ausreichendes Argument zur Stornierung einer Turnsaalmiete für einen Selbstverteidigungskurs (*Applaus Grüne*)?

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 13.55 Uhr den Vorsitz.

StR. **Hohensinner**, MBA: Sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Gerhard! Eine sehr interessante Fragestellung, die du gewählt hast. Sie impliziert ja bereits, dass aus

deiner Sicht die von dir vorgetragene Argumente ein wichtiger Grund wären. Die Stadt Graz kann sich deiner Privatmeinung nicht anschließen, sondern hat alle Bürgerinnen und Bürger gleich zu behandeln. Ich glaube, da wirst du mir auch nicht widersprechen. Daher möchte ich Folgendes festhalten: Die besagte Person hat den Turnsaal für vier freie Tage als Privatperson zur Abhaltung eines Selbstverteidigungskurses in der Zeit zwischen 18.00 und 20.00 Uhr gemietet, das entspricht auch den Vorgaben der Schulraumvermietung. Die Person hat einen rechtsgültigen Vertrag und ich glaube, da stimmen wir auch überein, dass die Stadt Graz Verträge einzuhalten hat. Ich wurde dann vergangenen Mittwoch von dir über die Facebook-Aktivitäten des Mieters informiert, du hast es schon ausgeführt, ich habe sofort reagiert und habe das der zuständigen Polizeibehörde zur Prüfung weitergegeben. Die Nachforschungen der Polizei haben ergeben, dass weder der steirische Bürgerverein untersagt ist, noch dass in irgendeinem Zusammenhang ein strafrechtlicher Tatbestand vorliegt. Dennoch habe ich die Polizei ersucht, tiefer gehende Prüfungen anzustellen. Daher lag auch kein sachlich gerechtfertigter Grund vor, besagten Bürgern den Zutritt zu verwehren und diesen Raum nicht zu vermieten. Aus diesem Hintergrund auch habe ich ein Gespräch mit dem Präsidialamt geführt und dort haben mich Juristen aufgeklärt und auch ersucht, juristisch, dass ich nicht Abstand nehme vom Vertrag, weil das auch Konsequenzen für die Stadt Graz mit sich bringen könnte. Und es waren auch Tumulte vor Ort vorprogrammiert, weil ich auch Angst gehabt habe, dass Rechte auf Linke treffen und meine Abteilung hat auch Vorkehrungen getroffen, der Schulwart war an diesem Freitag die ganze Zeit vor Ort, zwei Mitarbeiterinnen der Abteilung, die Ordnungswache und die Polizeistation Eggenberg habe ich auch informiert. Wie du weißt, hat diese Veranstaltung dann auch nicht stattgefunden. Aber ich möchte hier in aller Klarheit und Deutlichkeit festhalten, dass ich nicht der Schiedsrichter zwischen links außen und rechts außen bin (*Applaus ÖVP*). Ich habe einen Berater und das ist die Rechtsstaatlichkeit und diesen Berater würde ich auch der grünen Partei nahelegen (*Applaus ÖVP*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Die Frage ist, was ist dann ein wichtiger Grund? Wenn die Aufforderung zur Lynchjustiz kein wichtiger Grund ist, einen Selbstverteidigungskurs abzusagen nach Ansicht der Stadt Graz, dann bin ich traurig, ein Bürger dieser Stadt zu sein. Ich weiß schon, die Meinung vorher war meine Privatmeinung, kein Problem, aber was sind wichtige Gründe, dass wir zum Handeln anfangen und das ist genau die Zusatzfrage. Lieber Kurt, was wäre denn ein wichtiger Grund, dass du die Schulraumvermietung stornierst? Es ist ausdrücklich vorgesehen in der Benützungsverordnung. Also was, wenn nicht so ein Posting im Rahmen eines Selbstverteidigungskurses, was ist denn ein wichtiger Grund, dass du handeln würdest?

StR. **Hohensinner**, MBA: Lieber Herr Klubobmann, lieber Gerhard! Ich kann auf Zuruf einer Fraktion der linken Bewegung einem Verein, der rechtlich jetzt nichts angestellt hat, kein Hausverbot erteilen. Was ich machen kann ist, wenn Vorwürfe im Raum stehen, der Polizei den Sachverhalt weitergeben, dass die Polizei prüft. Lieber Gerhard, ich habe dich gefragt, hat die grüne Partei diese Postings im Internet bei der Polizei angezeigt? Das wäre eigentlich der ordentliche Weg, den ein Bürger beschreiten sollte. Man kann nicht einen Zuruf machen und dann erwarten, dass wir Schritte setzen und gerade in so einer sensiblen Frage, Gerhard, wo es um die Grundsätze der Gleichheit vor dem Gesetz geht, bin ich schwerstens enttäuscht von der grünen Partei, weil ihr behandelt die Bürger hier nicht gleich und mein Vorwurf an euch Grüne, ihr suggeriert radikalen Gruppen, dass man mit gewissen Aktionen die Rechtsstaatlichkeit außer Kraft setzen kann. Ich möchte noch einmal den Fall von letzter Woche aufrollen. Ich bekomme am Mittwoch diese Information, ich habe alle Schritte eingeleitet, was die Polizei betrifft, was meine Abteilung betrifft, wir haben das am nächsten Tag geprüft, es kommt vom Präsidialamt auch die Erkenntnis, dass wir aus dem Vertrag nicht

einfach so aussteigen können, das ist einfach so. Ich gebe dir die Meldung zurück, versichere dir, dass wir alle Vorkehrungen treffen mit der Polizei, mit der Ordnungswache, dass dort vor Ort nichts passieren kann und dass wir einfach die Prüfung der Polizei abwarten. Was macht ihr? Ihr geht zur Zeitung und gießt Öl ins Feuer und ich sehe das wirklich gefährlich als Integrationsreferent an dieser Stelle, wir haben einen Riss in der Bevölkerung und es gibt jetzt linksextreme und rechtsextreme Gruppierungen, die gegenseitig sich aufschaukeln, es kommt zu Ausschreitungen. In Wien haben wir das gesehen, da hat es Verletzte gegeben auf beiden Seiten, auch Unbeteiligte sind verletzt worden und das sehe ich wirklich bedenklich. Und abschließend möchte ich sagen, wenn ich als Privatperson die Möglichkeit gehabt hätte zu entscheiden, dann hätte ich das gemacht und ihr suggeriert, eure neue Vorsitzende in spe, die Frau Wirnsberger, auf einem Posting auf Facebook, ihr suggeriert, dass ich das zu entscheiden habe als Politiker. Wir leben in einem Rechtsstaat, ihr müsst wirklich den Leuten die ganze Wahrheit sagen, wenn ihr das nicht macht, macht ihr euch mitverantwortlich, dass die Situation in unserer Gesellschaft langsam zum Eskalieren kommt. Und wenn ich selbst die Entscheidung gehabt hätte privat, hätte ich so einen Verein nicht irgendwo einmieten lassen, aber wir haben einen aufrechten Vertrag gehabt und der ist einzuhalten und ich bitte das auch so zur Kenntnis zu nehmen (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Die Fragestunde wäre jetzt um, wenn alle einverstanden sind, nachdem ich nicht da war, können wir die Frage des Herrn Hötzl noch anhängen oder gibt es da einen Einwand?

9) Bauverfahren

GR. **Hötzl** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR. **Hötzl**: In meiner Frage geht es, sehr geehrter Herr Bürgermeister, um die Länge, um die mittlerweile sehr in die Länge gezogene Dauer von Bauverfahren. Gerade im Bereich der Bauwirtschaft ist immer wieder festzustellen, dass es auch bei kleinen und mittleren Bauvorhaben zu enormen Verzögerungen, vermutlich aufgrund von Abstimmungsproblemen zwischen der Stadtplanung und der für die Abwicklung von Bauverfahren zuständigen Behörde, gekommen ist. Es ist allerdings von außen für uns, für mich nicht zu beurteilen, ob es sich um Struktur- oder Ressourcenmängel handelt. Keinesfalls soll dies als Kritik an den zuständigen Beamten verstanden werden.

Dennoch sollte bei Beschwerden eines derartigen Wirtschaftszweiges nach Möglichkeiten an einer Optimierung der Abläufe gearbeitet werden. Man hört von verschiedenen Baufirmen, Bauträgern, aber auch von Investoren, dass von der Einreichung bis zur Bauverhandlung mittlerweile durchschnittlich bis zu zwölf Monate vergehen, weil einfach nach sechs Monaten wieder was nachgefordert wird, irgendwelche Pläne oder irgendwas, sodass man quasi rechtlich auf der sicheren Seite ist, aber dass es einfach so lange dauert.

Daher ergeht an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

F r a g e :

Sind Sie bereit, im Rahmen Ihrer Zuständigkeiten mit den Interessensvertretungen der Bauwirtschaft in einen diesbezüglichen Austausch zu treten (*Applaus FPÖ*)?

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Kahr übernimmt um 14.05 Uhr den Vorsitz.

Bgm. Mag. **Nagl**: Es gibt eine Blitzumfrage der WKO Steiermark, diese wurden mir auch übermittelt. Inhalt dieser Umfrage waren die Bauverfahren sowie die Raumordnungsverfahren. Sofort im Anschluss gab es einen Termin, der Vertreter der Bauwirtschaft und der Wirtschaftskammer bei mir im Bürgermeisteramt gemeinsam mit Christian Köberl, auch die Architektenkammer war dabei. Die Abteilungsleiter in den Ressorts bei mir wurden beauftragt, Verbesserungsmöglichkeiten zu prüfen, möchte aber gleich anmerken, dass ja die Baubehörde der Frau Bürgermeisterstellvertreterin zugeordnet ist, aber wir arbeiten in dieser Frage, abgestimmt auch sehr eng miteinander, um zu beschleunigen. Dieser Prozess läuft derzeit und soll noch im heurigen Jahr abgeschlossen werden. Hinzuweisen ist jedoch darauf, dass Verfahren bestimmter Größenordnung schon allein aufgrund der rechtlichen Vorgaben eine bestimmte Zeit benötigen und wenn es so ist, dass in einer kleinen Gemeinde, und das darf, wenn ich so sagen darf, aber auch die Architektenkammer und die Wirtschaftskammervertreter nicht verwechseln. Wenn in St. Siechtminet der Bürgermeister sich kurz Zeit nimmt und die Bauverhandlung selber macht, ist das was anderes, ob eine Stadt wie Graz mit einer besonderen Baukultur Verfahren abwickelt. Allein im letzten Jahr haben wir es wieder in Graz geschafft, allein 3.000 Baubescheide auszustellen und das, obwohl wir Weltkulturerbe sind mit UNESCO, Icomos, ASVK, einem besonderen Schutz im Grünraumgürtel und vielen, vielen anderen Dingen, die zusätzlich im Raum Graz dazukommen. Zwischen Stadtplanung und der Baubehörde gibt es regelmäßige Jour fixe, um die Zusammenarbeit zu verbessern. Wir haben in der Bau- und Anlagenbehörde schon seit längerem strukturelle Änderungen vorgenommen, für die Raumordnungsverfahren gab es ebenso intensive Gespräche zwischen Baudirektion, Planung, Vertretern der

Bau- und Anlagenbehörde. Die Ergebnisse werden im Gemeinderat jetzt auch wieder zur Auflage gebracht, also Fläwi, STEK, räumliches Leitbild, das kommt ja alles noch an Arbeitsaufwand jetzt dazu. Ich freue mich schon, wenn wir mit diesem drei-/vierjährigen Prozess dann wieder fertig sind, weil dann haben auch meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein bisschen mehr Ressourcen, um die vielen von uns gewünschten Bebauungspläne und alles, was wir jetzt auch wieder drauflegen, dann abwickeln zu können. Wir haben aber auch ein besonderes Projekt, das ist der elektronische Akt, welcher seit 1.1. heurigen Jahres implementiert ist. Um was geht es? Jeder, wenn er kommt, kriegt eine Zahl zugewiesen und er hat immer die Möglichkeit nachzuschauen, wo der Akt wirklich liegt, woran es hängt, dass es nicht weitergeht. Wir kommen bei Nachfragen sehr oft drauf, dass auch die Architekten und die Bauwirtschaft noch viele Dinge, die wir bräuchten, noch gar nicht gebracht haben und die gegenüber den Bauherren dann oft anders argumentieren. Also wir sind schon oft, wenn ich so sagen darf, zum Sündenbock gestempelt worden, obwohl auch einige Damen und Herren, vor allem Herren, ihre Arbeit noch nicht getan haben. Künftig wird er genau sehen, woran es liegt und es ist dann eine gesamtumfassende Materie, weil wir warten manches Mal auch auf Bereiche aus dem Verkehr, weil ein Gutachten fehlt, wir brauchen was aus dem Umweltamt, aus dem Grünraumbereich und wir versuchen das aber zu beschleunigen und ich freue mich, dass dieser elektronische Akt und das sogenannte Aktentracking jetzt eine gute Nachvollziehbarkeit auch für Bauwerber, für Architekten, für die Bauwirtschaft ist. Sie wissen einfach, woran liegt es und ich glaube, dass man dadurch auch viel, viel schneller werden, das heißt, wir haben völlige Transparenz und Architekten und Bauingenieure können genau sehen, sind wir es, ist es wer anderer, liegt es bei der ASVK, also da wird oft sehr viel bei uns abgewälzt und ich hoffe, wir werden noch schneller werden, wir haben da schon viel dazu beigetragen auch gemeinsam (*Applaus ÖVP*).

GR. **Hötzl:** Nur ganz kurz noch. Es soll keine Kritik an der politischen Verantwortung oder auch an dem Amt selber sein, sondern man hört es wirklich rundherum, dass die Bauverfahren in den letzten Jahren tendenziell länger geworden sind und wenn es bis zu zwölf Monate ist, dann ist das schon so lange. Meine Zusatzfrage wäre jetzt einfach, weil ich es nicht verstanden habe, hat es die Gespräche schon gegeben oder wollen Sie die erst machen? Sinnvoll wäre es auch, den Wirtschaftsstadtrat quasi miteinzubeziehen, glaube ich zumindest, weil letztendlich geht es auch um vielleicht sogar Firmen, die sich ansiedeln wollen, die Arbeitsplätze schaffen, dann trifft es wieder den Finanzstadtrat in derselben Person, weil es keine Kommunalsteuer gibt, die man nicht lukrieren können, die man lukrieren könnten. Also gibt es noch Gespräche oder würden Sie den Herrn Stadtrat Rüschi da miteinbeziehen oder quasi eine Weisung, ich weiß nicht, ob eine Weisung möglich ist, aber würden Sie sich wirklich dafür einsetzen, dass die Verfahren spürbar kürzer werden (Applaus FPÖ)?

Bgm. Mag. **Nagl:** Das ist wie mit der Sicherheit, da gibt es eine subjektive und eine objektive Sicherheit und da ist es auch so, dass mancher Bauwerber länger oder manche Bauverfahren etc. länger brauchen, aber sehr viele schon verkürzt wurden. Spüre ich immer dann, wenn wir zur Eröffnungen, zu Gleichenseiern etc. hinkommen, weil meistens wird der Bürgermeister, oder bei den Baubehörden gibt es schon die Dankesworte, dass das so schnell funktioniert hat. Ich glaube, wir haben die richtigen Schritte gesetzt, mit dem Gerhard Rüschi bin ich, wenn ich so sagen darf, wöchentlich auch dabei. Wenn es einen Fall gibt, und das möchte ich Ihnen anbieten, wenn Sie sagen, ich habe da einen Bauwerber, der verzweifelt gerade, weil das länger dauert, dann bitte einfach mit unserem Büro schnell Kontakt aufnehmen und ich kann dann auch schnell aufklären, aber wir arbeiten schon dran, die Gespräche mit der Kammer hat es gegeben, wir versuchen auch, was die Organisationsstruktur und den Mitarbeiterstand anbelangt, noch besser zu werden und ich hoffe, dass wir mit Fläwi-

Plan und STEK bald fertig sind, dann gibt es auch wieder ein bisschen eine Erleichterung. Das, was unsere Damen und Herren in den Bauämtern jetzt geleistet haben und in der Behörde, ist unglaublich und wir haben heute eh noch Gelegenheit, auch einmal danke zu sagen. Aber ich möchte schon einmal sagen, Baudirektor, Stadtplanungsamt mit Bernhard Inninger und seinem Team, die Verena Ennemoser, die geben wirklich momentan ihr Bestes und fast schon ihr Letztes, weil das ist schon sehr intensiv. Gerade wir haben es auch gerade verkompliziert die Bauverfahren, aber wir wollen halt auch einwirken, dass es eine Baukultur gibt und den Widerspruch werden wir haben und der Herr Magistratsdirektor, dem möchte ich auch danke sagen, aber der Herr Magistratsdirektor hilft auch mit, vor allem jetzt in Wien, damit einmal diese ganzen Normungsinstitute und die ganzen Normen und Vorschriften von Seiten der Republik und der Gesetzgeber weniger werden, weil dass wir das halt genau machen, kann man uns ja nicht vorwerfen, da ist in den letzten Jahren so viel dazugekommen im Behindertenbereich und ich weiß nicht was alles. Also das ist eine sehr komplizierte Materie, wir arbeiten super daran und wenn Sie einen Fall haben, bitte gleich melden (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 14.10 Uhr den Vorsitz.